

KURZ UND PRÄGNANT

Ärgerlich: Gen-Mais ist nicht vom Tisch

Vor dem Hintergrund des Abstimmungsergebnisses der EU-Staaten über die Zulassung des gentechnisch veränderten Mais 1507 erklärte die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Johanna Scheringer-Wright: „Ich bedaure, dass durch dieses Votum der gentechnisch veränderte Mais nicht vom Tisch ist. Das Abstimmungsergebnis zeigt jedoch, dass eine deutliche Mehrheit von Mitgliedsstaaten gegen die Zulassung solcher Organismen ist.“

Besonders ärgerlich sei, dass sich Deutschland enthalten habe. „Jetzt kommt es jedoch darauf an, die Kennzeichnungspflicht zu verbessern“, forderte die Landtagsabgeordnete. Die überwältigende Mehrheit der Konsumenten wolle keine gentechnisch veränderten Kulturpflanzen, und die Menschen seien besorgt, dass aufgrund von schlechter Kennzeichnung dann doch Produkte auf dem Teller landen, die selbst transgen sind oder mit transgenen Organismen hergestellt wurden. Die Landesregierung müsse sich dafür einsetzen, dass Kennzeichnungslücken, wie im Bereich der Futtermittel, geschlossen werden. „Es muss ganz eindeutig ‚mit Gentechnik‘ darauf stehen, wo Gentechnik auch verwendet wurde.“ ■

Unverhältnismäßige Kamera-Aufstellungen

Der Thüringer Landesdatenschutz Lutz Hasse hat eine Meldepflicht für Videokameras zur Verkehrsüberwachung oder Verbrechensbekämpfung in den Kommunen gefordert. So könne man „dem Wildwuchs Herr werden“, hatte er mit Bezug auf die geplante Aufstellung von Kameras in Heiligenstadt gesagt. Dort will die Stadt Autokennzeichen aufnehmen, um eine Einbruchserie in Geschäften zu stoppen.

Eine solche Meldepflicht „hebt die Unverhältnismäßigkeit dieses Vorhabens nicht auf“, hatte dazu Sabine Berninger, justizpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, erklärt und betont: „Die aktuelle Medienmeldung enttäuscht, bisher war Dr. Lutz Hasse aus meiner Sicht ein verlässlicher Datenschutz, aber hier stößt er mit in das Horn, wonach Persönlichkeitsrechte, wie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Sicherheitserwägungen getrost geopfert werden können.“ Bereits 1983 habe das Bundesverfassungsgericht den „Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten“ besonders herausgestellt. ■

An govdata.de beteiligen

Offene Daten für Transparenz von staatlichem Handeln und qualifizierte Bürger-Teilhabe

Offene Daten spielen wichtige Rolle bei der Transparenz von Regierung und staatlichem Handeln und könnten auch ein Motor für wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen werden. Darauf hatte anlässlich des internationalen „Open Data Day“ am 22. Februar die netzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Katharina König, verwiesen:

„Es wird Zeit, dass auch in Deutschland und hier in Thüringen das Potenzial von offenen Daten wahrgenommen wird“, stellte die Abgeordnete fest und verwies darauf, dass „die Transparenz wichtig ist für eine qualifizierte Teilhabe der Menschen am politischen Prozess“.

Offene Daten ermöglichen es, sich als Bürgerin und als Bürger umfassend über politische Entscheidungen, deren Hintergründe und Datengrundlagen informieren zu können. „Damit bilden sie den notwendigen Rohstoff für eine funktionierende Demokratie. Es kann daher nicht sein, dass in einer Zeit, in der Internet und Computer den universellen Zugang zu Daten möglich ma-

chen, diese weiterhin nicht als Allgemeingut zur Verfügung stehen. Deshalb setzt sich DIE LINKE in Thüringen für Open Data ein“, betonte Katharina König.

Zudem schafften offene Daten „aber auch enorme Möglichkeiten für innovative Entwicklungen in Wissenschaft und Wirtschaft“. Auch in diesem Jahr gab es anlässlich des Open Data Day wieder Wettbewerbe mit dem Ziel, auf offenen Daten basierende Anwendungen und Forschungsprojekte zu verwirklichen.

„Doch längst haben sich erste Geschäftsmodelle auch in Deutschland etabliert, die aber vielfach noch an fehlenden Datensätzen aus einzelnen Regionen krankten. Und viel zu oft gehört leider auch Thüringen noch zu eben diesen Regionen, für die offene Daten schlicht nicht zur Verfügung stehen“, kritisierte die Abgeordnete der Linksfraktion.

Sie schlug vor: „Wir sollten in Thüringen daher zielgerichtet daraufhin arbeiten, die mit Steuergeldern erhobenen Daten, die in den Behörden und Ministerien brach-

liegen, wieder der Allgemeinheit zugänglich zu machen.“

Deswegen will DIE LINKE zum Beispiel, dass sich Thüringen ohne Zeitverzug am bundesweiten Portal govdata.de beteiligt, sobald dieses in den Regelbetrieb übergeht. Katharina König verwies auf einen in diesem Zusammenhang von der Fraktion DIE LINKE gestellten Antrag, der derzeit im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags beraten wird. ■



Protest gegen rückwirkende Beitrags-Erhebung

Die Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V. hat für den 27. Februar zu einer Mahnwache vor dem Landtag in Erfurt aufgerufen, um gegen das zeitgleich zur abschließenden Beratung im Parlament anstehende Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes zu protestieren.

sche Sprecher Frank Kuschel die Änderungsanträge der Linksfraktion erläutert und betont: „Wir fordern, dass nur dann Abwasserbeiträge erhoben werden dürfen, wenn innerhalb der folgenden sechs Jahre die anderen Teilrichtungen, insbesondere die Klärwerke, gebaut werden.“ Ansonsten werde den Zweckverbänden für die Erhebung von Vorauszahlungsbeiträgen Tür und Tor geöffnet.

Hintergrund der geplanten Änderung des Kommunalabgabengesetzes ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom März 2013, welches eine Regelung des bayerischen Kommunalabgabengesetzes zur rückwirkenden Erhebung von Abwasserbeiträgen als verfassungswidrig bewertet hat. In Thüringen besteht eine fast wortgleiche Regelung wie in Bayern.

Die Landesregierung will die rückwirkende Erhebung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge auf zwölf Jahre begrenzen, dies aber erst ab dem Jahr 2021. Bis zum Jahr 2021 soll es bei der unbegrenzten Rückwirkung bleiben. Beitragsforderungen sollen somit erst nach 30 Jahren verjähren.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung enthält keine schlüssige Begründung für eine Begrenzung der Rückforderungsfrist für Abgaben auf 12 Jahre. Zwar wird auf den Aspekt der Fehleranfälligkeit der Beitragssatzungen Bezug genommen, jedoch nicht dargestellt, weshalb man dort die vier Jahre der Festsetzungsfrist auf 12 Jahre verdreifachen muss. Eine Ausweitung der Verjährung ist nicht geboten.

Zu den Änderungsanträgen, die die Linksfraktion zum Gesetzentwurf der Landesregierung vorgelegt hat, gehört die Klarstellung, dass die Regelfestsetzungsfrist der Abgabenordnung gilt, also maximal vier Jahre rückwirkend.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 5. März 2013 ausdrücklich formuliert, dass die bestehenden Regelungen mit dem Grundgesetz unvereinbar sind, daher durch die Behörden nicht mehr angewandt werden dürfen und gerichtliche Verfahren auszusetzen sind. Die nunmehr von der Landesregierung formulierte Übergangsregelung, nach welcher die Gemeinden berechtigt werden, bis 2021 verfassungswidrig zu handeln, ist daher abzulehnen.

„Keine unbegrenzte Rückwirkung bis 1991“, so betonte Frank Kuschel die Forderung der Linksfraktion, mit der sie zugleich auch das Anliegen der Thüringer Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben unterstützt.

Der Gesetzentwurf sei äußerst fragwürdig und entspreche nicht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Allerdings gehe die Linksfraktion davon aus, dass mit einem Politikwechsel nach den Landtagswahlen im Herbst dieses Jahres, damit einhergehenden veränderten politischen Mehrheiten und einer Beteiligung der LINKEN an der neuen Landesregierung umgehend eine Korrekturentscheidung durch den neuen Landtag vorgenommen werden könne.

Ansonsten werde auch dieses Gesetz über kurz oder lang vor den Gerichten landen, prognostizierte der Abgeordnete. ■



Mit dem Gesetz will die Landesregierung die Zweckverbände ermächtigen, Abwasserbeiträge für Teileinrichtungen zu erheben, ohne dass es darauf ankommt, wann die Abwasseranlage als Ganzes fertiggestellt sein wird. Die Teilbeitragshebung soll selbst dann möglich sein, wenn die Orte niemals eine zentrale Kläranlage erhalten. Bei einem Pressegespräch am 19. Februar im Landtag hatte der kommunalpoliti-